

Abstiegsgefährdet

Deutschland rutscht in der globalen Wohlstandsliga weiter ab. Spanien und Südkorea holen auf. Das zeigen Berechnungen von Deutsche Bank Research. Der Bundesrepublik fehlt eine Wachstumsstrategie

VON ANJA STRUVE

Frankfurt/Main – Es könnte so einfach sein: „Alles, was Deutschland jetzt noch fehlt, ist der Gewinn der Weltmeisterschaft“, jubelte die britische „Times“ vor kurzem. Und beschrieb auf einer Doppelseite detailliert den wundersamen Aufstieg Deutschlands vom kranken Mann Europas zur neuen Wirtschaftswunderhoffnung. In der Tat lesen sich die Konjunkturdaten so gut wie seit Jahren nicht: Die Stimmung der deutschen Unternehmen ist so zuversichtlich wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Die Zurückhaltung der Konsumenten läßt langsam nach. Sogar das lange schwächelnde Wirtschaftswachstum könnte 2006 erstmals seit Jahren wieder die Zwei-Prozent-Marke erreichen.

Ende gut, alles gut also? Blickt man über das laufende Jahr hinaus, sieht der Ausblick bei weitem nicht so rosig aus. Nach exklusiven Berechnungen von Deutsche Bank Research für die WELT wird Deutschland im weltweiten Vergleich weiter zurückfallen.



Stefan Bergheim, Konjunktur-Experte der Deutschen Bank

Bereits jetzt liegt die Bundesrepublik beim Pro-Kopf-Einkommen, das als wichtiger Gradmesser für den Wohlstand einer Volkswirtschaft gilt, innerhalb der 15 alten EU-Länder nur noch auf dem elften Rang. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird Deutschland schon 2008 im EU-15-Wohlstandsrang auf den zwölften Platz sinken. 2020 wären nur noch Griechenland und Portugal bei der Wertschöpfung pro Kopf schwächer.

Wie groß der relative Abstieg bereits ist, belegt die Statistik: Ab 1952, zu Beginn der Wirtschaftswunderjahre, zählten die Deutschen ähnlich wie Dänemark oder Schweden zu den reichsten Nationen des Kontinents. Auch Ende der achtziger Jahre gehörte West-Deutschland immer noch zu den Top drei der alten EU. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag damals etwa zwölf Prozent über dem EU-Schnitt. Doch während andere Staaten ihren Wohlstand sichern oder sogar noch ausbauen konnten,

„Deutschland wird lange brauchen, um sich aus seiner Lage zu befreien“

Stefan Bergheim

gelang dies in Deutschland relativ schlecht.

Schuld daran sind längst nicht nur Sondereffekte wie die Folgen der Wiedervereinigung. „Das war zwar eine große Bürde, die andere Staaten so nicht zu tragen hatten“, sagt Stefan Bergheim, Ökonom bei Deutsche Bank Research und einer der Autoren der langfristigen Wachstumsstudie. „Vor allem aber hat es Deutschland über lange Jahre versäumt, sich Gedanken über die eigene Zukunft zu machen und eine konsequente Wachstumsstrategie zu verfolgen. Andere Staaten sind da viel weiter.“

Als Musterland innerhalb Europas gilt dabei unter anderem Schweden. Das Land hat es wie nur wenige andere geschafft, sein Arbeitskräftepotential quer durch alle Schichten der Bevölkerung zu nutzen. So haben in Schweden 70 Prozent der über 55jährigen einen Arbeitsplatz. In Deutschland sind es

gerade einmal halb so viele. Ähnlich sieht es bei der Familienpolitik aus: Während in Deutschland gerade mühsam über das Elterngeld gestritten wird, haben berufstätige schwedische Frauen nach der Bypasspause in der Regel kein Problem, ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu finden.

Noch besser steht wie schon im Vorjahr Spanien da. Das Land könnte im Wohlstandsvergleich bereits 2008 an Deutschland vorbeiziehen.

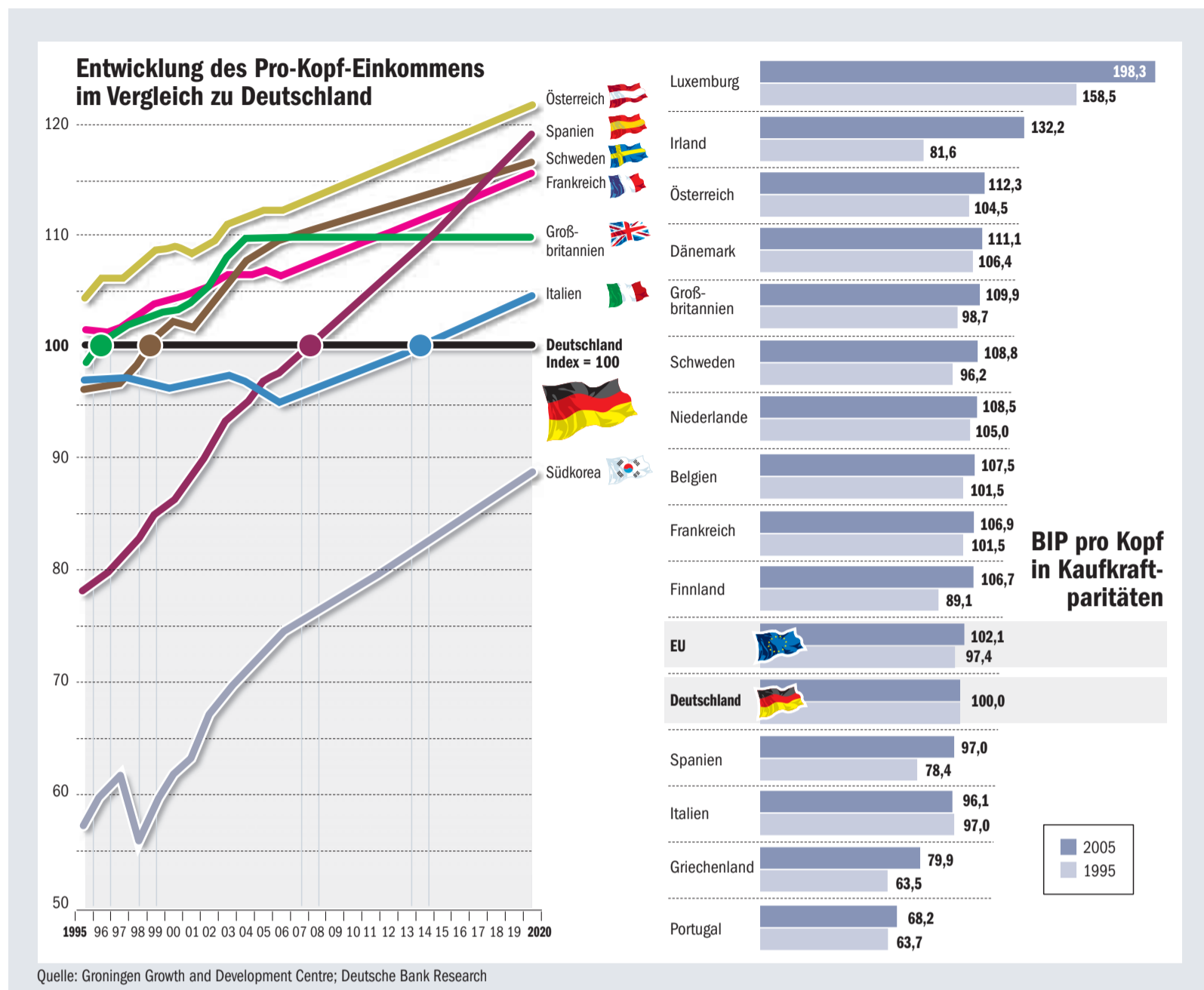
Vor allem bei der Bildung macht das Land seit einigen Jahren Punkte gut: Dank konsequenter Investitionen in die Schulen und Unis des Landes stieg die Quote der Hochschulabsolventen rasant an. Während in der Altersgruppe der 45- bis 54jährigen nur 17 Prozent einen Hochschulabschluß haben, sind es unter den 25- bis 34jährigen bereits 37 Prozent. In Deutschland stagniert dieser Anteil seit Jahrzehnten bei etwa 20 Prozent. Die große Zahl an gutausgebildeten Nachwuchskräften wiederum gilt als wichtige Voraussetzung für die von DB Research errechneten langfristigen Wachstumsaussichten: „Der wichtigste Antriebsmotor für das Pro-Kopf-Einkommen sind nicht etwa Investitionen oder die demographische Entwicklung, sondern das Humankapital eines Landes“, sagt Bergheim. Entsprechend hoch fällt der Wachstumssprung aus, den die Ökonomen für Spanien prognostizieren: Bis 2020 könnte die Wertschöpfung pro Kopf um 50 Prozent zunehmen. Das Land würde dann schon 119 Prozent des deutschen BIP pro Kopf erreichen.

Einen rasanten Zuwachs sagen die Ökonomen auch für Österreich voraus. Das Land profitiert ähnlich wie Irland von seiner im Vergleich zu größeren Nachbarn deutlich attraktiveren Steuerpolitik. Niedrige Unternehmenssteuern allein sind allerdings längst nicht der einzige Grund für die guten Wachstumsaussichten. Auch die Brückenfunktion zwischen alter und neuer EU dürfte sich für Österreich in den kommenden Jahren in Form steigender Wachstumsraten bezahlt machen. Schätzungen zufolge wird der Anteil des Außenhandels am BIP in Österreich deutlich stärker steigen als in anderen EU-Ländern.

Doch nicht nur die Europäer holen auf: Nach Berechnungen der Deutschen Bank entwickeln sich auch ehemalige Schwellenländer wie Südkorea rasant. So könnte das Land, das von der Mittlerstellung zwischen dem reichen Japan und dem mächtigen China profitiert, schon 2010 fast 80 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung erbringen. 1980 waren es gerade einmal 23 Prozent des deutschen Niveaus. „Südkorea ist bisher von vielen unterschätzt worden“, sagt Bergheim. Das Land sei das beste Beispiel dafür, daß sich Länder, die dauerhaft Erfolg haben wollten, öffnen müßten.

Zumindest in diesem Punkt steht Deutschland anderen erfolgreichen Ländern in nichts nach. Vielmehr belegt die größte Volkswirtschaft der Eurozone im weltweiten Vergleich bei der Handelsoffenheit regelmäßig einen Spitzenplatz. Damit dem Weltmeistertitel im Export auf Dauer weitere Spitzenplätze folgen können, hat das Land aber noch eine weite Reformstrecke vor sich: vom Ausbau des Bildungssystems über eine effizientere Familienpolitik bis hin zum Umbau des nach wie vor zu wenig flexiblen Arbeitsmarktes. Mit einem Wachstumsfeuerwerk ist daher trotz der euphorischen Unternehmensstimmung vorerst nicht zu rechnen, sagt Bergheim: „Deutschland wird genauso lange brauchen, sich aus seiner mißlichen Lage wieder zu befreien, wie es gedauert hat, da hineinzu geraten.“

Das von der „Times“ ausgelobte Comeback als Wirtschaftswunderland dürfte nach dieser skeptischen Prognose noch eine ganze Weile auf sich warten lassen.



Quelle: Groningen Growth and Development Centre; Deutsche Bank Research

Gradmesser für den Wohlstand

Als Gradmesser für den Wohlstand eines Landes wird häufig das Pro-Kopf-Einkommen herangezogen. Dazu wird das Bruttoinlandsprodukt eines Landes durch die Gesamtbevölkerung geteilt. Schwierig ist allerdings ein internationaler Wohlstandsvergleich. Denn um die Daten von Ländern mit hohem und niedrigem Preisniveau vergleichbar zu machen, muß erst ihr Pro-Kopf-Einkommen in eine fiktive einheitliche Währung, die sogenannte Kaufkraftparität, umgerechnet werden. Das gilt selbst für die Mitglieder des Euro-Raums, die zwar eine gemeinsame Währung, aber unterschiedliche

Preisniveaus haben. So können Preise für die gleichen Waren und Dienstleistungen in verschiedenen Ländern stark divergieren. Zur Berechnung wird ein mit den jeweiligen nationalen Verbrauchsmengen gewichteter nationaler Durchschnittspreis für einen Warenkorb ermittelt und mit dem Preis dieses Warenkorbs in einem anderen Land verglichen. Ziel ist es dabei zum Beispiel, eine in Portugal gekaufte Bohrmaschine genauso zu gewichten wie eine in Deutschland gekaufte – auch wenn dafür in Wirklichkeit unterschiedlich viele Euro bezahlt wurden. Wie schwierig solche Ni-

veauvergleiche tatsächlich sind, sieht man auch daran, daß die Kaufkraftparitätswerte etwa von Eurostat und Weltbank leicht unterschiedliche Werte ergeben. Um herauszufinden, wie sich der Wohlstand Deutschlands im Vergleich zu anderen europäischen Ländern entwickeln wird, hat die DB Research die vom Groningen Growth and Development Centre errechneten Niveaus des Kaufkraftparitäteneinkommens herangezogen. Auf dieser Grundlage hat DB Research mit einem eigenen Modell Prognosen für das Wirtschaftswachstum von 2006 bis 2020 er-

stellt. Das Modell berücksichtigt Einflussfaktoren wie die Investitionsquote oder das Humankapital eines Landes sowie bestimmte Trends wie die Öffnung von Arbeit und Gesellschaft oder die zunehmende Vernetzung von Wirtschaft und Politik. Auf Grundlage dieser Daten wurde schließlich die relative Wohlstandsposition der untersuchten Staaten im Vergleich zu Deutschland errechnet. Wie bei allen Prognosen gilt dabei: Verändert man die zugrunde liegenden Annahmen auch nur geringfügig, kommt man selbstverständlich auch zu anderen Ergebnissen.



Spanien – Reform der Arbeit

Von den europäischen Nachbarn beneidet, hat Spanien in den letzten drei Jahren stets ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent und mehr erzielt. Auch für dieses Jahr rechnet die Regierung von Premier José Luis Rodríguez Zapatero mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 Prozent. Der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre durch die anhaltende Einwanderung, die starke Binnennachfrage und der boomende Bausektor sind für diese Entwicklung mitverantwortlich. Doch auch beim Thema Flexibilisierung des Arbeitsrechts haben die spanischen Regierungen beider Couleur in den letzten Jahren wichtige Reformen in die Wege geleitet, darunter eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Nur zehn Prozent aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge sind Festanstellungen. Drei Jahre lang können Arbeiter auf Zeit angestellt werden, bevor ihr Arbeitsverhältnis in eine Festanstellung umgewandelt wird. Entsprechend entstanden in Spanien im letzten Jahr 900 000 neue Stellen, die Erwerbslosenquote sank von 10,3 Prozent auf 8,7 Prozent. Verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängten Frauen und Einwanderer. Allein die Jugendlichen konnten bisher nur bedingt vom Stellenzuwachs profitieren, denn die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen ist weiterhin überdurchschnittlich hoch. ute



Schweden – Familie zuerst

Elterngeld und Kindergärten haben die drastischen sozialen Einschnitte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einigermaßen unbeschadet überstanden. In diesem Bereich nimmt Schweden in Europa weiterhin eine Führungsposition ein. Bereits 1974 wurde das dem Mutterlohn entsprechende Elterngeld, auch Väter konnten es nun beanspruchen. 1995 kam der erste Pflichtmonat für die Väter hinzu, 2002 der zweite. Insgesamt stehen seitdem 480 Tage für die Betreuung des Nachwuchses zur Verfügung, 390 Tage lang werden für den Elternteil, der bei dem Kind bleibt, 80 Prozent des Einkommens gezahlt. Allerdings werden immer noch weniger als 20 Prozent der Elterntage von den Vätern beansprucht. Denn ähnlich wie in Deutschland liegt auch in Schweden das Einkommen der Väter meist höher als das der Mütter, die staatliche Förderung von 80 Prozent wird aber nur bis zu einem Monatseinkommen von umgerechnet 2640 Euro gezahlt. 2007 soll die Grenze auf 3430 erhöht werden. Für die verbleibenden 90 Tage wird ein niedrigerer Satz gezahlt. Umfragen zufolge sind rund 80 Prozent der Eltern mit der bisherigen Aufteilung zufrieden. Ebenfalls vorbildlich ist die Gesetzesregelung, wonach es für jedes Kind nach dem ersten Lebensjahr einen Kindergarten- oder Vorschulplatz geben soll. Allerdings erfüllen nicht alle Gemeinden diese Auflage. gtm



Südkorea – Mehr Investitionen

Die Samsungs und Hyundais Südkoreas haben es fast vergessen gemacht: Es war einmal der Norden, der stärker industrialisiert war. Gezeichnet von Krieg und Teilung, war der Süden noch in den sechziger Jahren ein armer Agrarstaat, auf der Wohlstandsskala mit Afghanistan vergleichbar. Unter der harten Hand des Militärdiktators Park Chung-hee wurde das koreanische Wirtschaftswunder initiiert. Heute ist das demokratische Südkorea die elfgrößte Industrienation, führend im Schiffbau und der Halbleitertechnik, bei Automobilen oder Genforschung in der Spitzengruppe. Als „primäre Quelle des schnellen Wachstums“ beschreiben nicht nur Regierungsbrochüren die „gute Ausbildung der Bevölkerung“. Korea hat heute eine der geringsten Alphabetenquoten der Welt. Die Zahl der Kindergärten ist von 1980 bis heute verzehnfacht worden, obwohl die Geburtenrate drastisch sinkt. Neun Jahre Schule sind Pflicht, immer mehr gehen an die Uni. Schon 1983 überschritt die Zahl der Studenten die Millionenschwelle, bei damals 40 Millionen Einwohnern. Heute bekommen 3,3 Millionen Südkoreaner eine höhere Ausbildung. Allein die Hauptstadt Seoul beherbergt mehr als 50 Hochschulen. Alle Unis verlangen Geld, und die Eltern sind bereit, oftmals bis zu 30 Prozent ihres Gehalts in ihr oft einziges Kind zu investieren. bew



Österreich – Geringe Steuern

Unternehmen, die sich in Österreich ansiedeln wollen, können auf der Homepage der Ansidelegungsagentur des Bundes, der „Austrian Business Agency“, auf einen Blick sehen, warum das möglicherweise eine gute Idee ist. Neben „Stabilität“, „Sicherheit“ und „zentraler Lage“ wird das Land mit einem anderen wichtigen Schlüsselfaktor: den Steuern. Denn die sind für Unternehmen mittlerweile niedriger als in vielen anderen EU-Staaten. Die Körperschaftsteuer, also die maximale Gewinnbesteuerung für Unternehmen, liegt seit Januar 2005 bei 25 Prozent – gleich viel wie in Slowenien. Nur Polen, die Slowakei, Ungarn und Irland sind günstiger. Aber auch andere Faktoren sind für Österreichs gute Wachstumswerte ausschlaggebend: etwa die vergleichsweise günstigen Lohnstückkosten. Diese sind dank der gestiegenen Produktivität und den jahrelangen moderaten Lohnrunden seit 1994 um 18,2 Prozent gesunken – Österreichs Arbeitnehmervertreter agieren seit je solidarisch, wenn die Auftragslage schlecht ist. Die funktionierende Sozialpartnerschaft hat sich auch bei anderen Standortfaktoren, etwa bei gelockertem Kündigungsschutz, bezahlt gemacht. Aber: Österreich hat wie kaum ein anderes Land vom Beitritt seiner unmittelbaren Nachbarländer profitiert, die Auslandsinvestitionen stiegen sprunghaft an. stui

„Deutschland fehlt die Orientierung für die Zukunft“

DIE WELT: Sie haben 2005 vorge-rechnet, daß Deutschland im weltweiten Wohlstandsvergleich zurückfällt. Jetzt gewinnt der Aufschwung an Fahrt. Hat sich damit auch Ihre Prognose geändert?
Stefan Bergheim: Leider nein. Die langfristigen Wachstumsaussichten haben sich nicht verbessert.

WELT: Warum das?
Bergheim: Es gibt nach wie vor keine konsequente Strategie, um die Wachstumskräfte zu stärken. Wenn diese Entwicklung weitergeht, wird Deutschland im internationalen Vergleich weiter zurückfallen.

WELT: Dann irren 7000 Unternehmen, die ihre Lage positiv sehen?
Bergheim: Nein, die Produktivität der deutschen Unternehmen hat sich in der Tat deutlich verbessert. Es sollte sich nur niemand dem Trugschluß hingeben, daß ein hoher Ifo-Index gleichbedeutend mit einer rosigen gesamtwirtschaftlichen Lage ist. Die Stimmung der Unternehmen ist so gut, weil ihre Gewinne in den letzten drei Jahren stark gestiegen sind und die Konjunktur anzieht. Das heißt aber nicht, daß es dem Land gutgeht.

WELT: Warum nicht?
Bergheim: Weil die Arbeitslosigkeit extrem hoch ist und die Verbraucher von der besseren Stimmung der Unternehmen nicht profitieren. Der Lohndruck ist trotz gestiegener Gewinne weiterhin sehr hoch. Deshalb kann der private Verbrauch nicht anspringen. Was für einzelne Unternehmen sinnvoll ist, etwa in Form von Jobverlagerungen oder Lohnkürzungen, kann für das Land als Ganzes zu einem Problem werden, wenn die Nachfrage im Inland fehlt.

WELT: Sind Sie nicht zu pessimistisch? Unternehmen und Verbraucher sind doch so zuversichtlich.
Bergheim: Richtig, aber die Regierung verpaßt gerade eine historische Chance durch Nichtstun. Die frühere rot-grüne Bundesregierung hat die Bürger zumindest darauf vorbereitet, daß sich das Land verändern muß. Aber statt die Probleme anzupacken, ziehen sich die beiden großen Parteien zurück, um ihre Programme neu zu schreiben. Das ist erschreckend. Deutschland fehlt die Zukunftsorientierung. Andere Länder wie etwa Frankreich oder Spanien sind deutlich besser gerüstet.

WELT: Spanien stand schon 2005 gut da. Worauf beruht der Erfolg?
Bergheim: Von Spanien können wir vor allem lernen, wie man ein zentrales Bildungssystem so organisiert, daß immer mehr junge Menschen einen Hochschulabschluß machen können. Spanien hat es geschafft, durch Investitionen in das Bildungssystem die Absolventenquote zu steigern. Das zahlt sich in Form von mehr Wohlstand aus.

WELT: In die Prognose wurde auch Asien einbezogen. Sehr dynamisch entwickelt sich Südkorea ...
Bergheim: Südkorea ist bisher von vielen unterschätzt worden. Dabei hat das Land es geschafft, durch konsequente Investitionen und Förderung die Akademikerquoten nach oben zu treiben. Das Land ist das beste Beispiel dafür, daß man sich öffnen und eben nicht im eigenen Saft köcheln sollte.

WELT: Schweden schneidet ebenfalls sehr gut ab. Warum?
Bergheim: Vorbildlich ist in Schweden die große Offenheit der Gesellschaft. Das ist einer der Gründe dafür, daß das Land sein Arbeitskräftepotential deutlich besser ausnutzen kann als etwa Deutschland. Während in Schweden 70 Prozent der 55- bis 64jährigen beschäftigt sind, sind es hierzulande gerade einmal 40 Prozent. Auch der Frauenanteil bei den Beschäftigten ist deutlich höher.

WELT: Wie lassen sich die Fehler hierzulande rückgängig machen?
Bergheim: Der Staat hat seinen Beitrag bereits geleistet, indem er die entsprechenden Mittel nicht mehr zur Verfügung stellt. Gefragt sind nun die Unternehmen, indem sie ihre Einstellungspolitik ändern. Und die Arbeitnehmer, die erkennen müssen, daß man auch mit 65 noch erwerbstätig sein kann. Ein Wachstumsfeuerwerk wird es trotzdem nicht geben. Deutschland wird genauso lange brauchen, sich aus seiner mißlichen Lage wieder zu befreien, wie es gedauert hat, da hineinzu geraten.

Stefan Bergheim ist Ökonom bei Deutsche Bank Research. Mit ihm sprachene Jörg Eigendorf und Anja Struve